



Frauenrechte unter Druck

Digitale Gewalt im Fokus der CSW70

von Sarah Gantner

Frauenrechte stehen weltweit unter zunehmendem Druck. Gleichstellung der Geschlechter und sexuelle und reproduktive Rechte werden längst nicht mehr nur von radikalen Gruppierungen am Rande der Gesellschaft attackiert – rechtspopulistische Regierungen, und allen voran die USA, geben ihnen prominente Rückendeckung. Gleichzeitig verschärfen digitale Technologien neue Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Vor diesem Hintergrund trafen sich vom 9. bis 19. März 2026 in New York tausende Staatenvertreter:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen zur 70. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (CSW70), dem weltweit größten Forum für Frauenrechte.

Zentral auf der Agenda stand das Thema digitale Gewalt gegen Frauen, die in Zeiten von Künstlicher Intelligenz neue Ausmaße angenommen hat. Mit Sorge wurde von den Delegierten außerdem die im Rahmen des UN-Reformprozesses (UN80) angekündigte Zusammenlegung von [UN Women](#) und dem [Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen \(UNFPA\)](#) diskutiert. Der Schritt ist ein gefährliches Unterfangen in Zeiten des Backlashs gegen Feminismus und Gleichstellung. Kritiker:innen befürchten, dass damit ein Einfallstor für die weitere Beschneidung von Frauenrechten geschaffen wird.

Dieses Briefing beleuchtet zentrale Ergebnisse der CSW70 und fasst Empfehlungen zur Bekämpfung digitaler Gewalt und bestehende rechtliche Lücken zusammen – vor dem Hintergrund eines globalen Backlashs gegen Frauenrechte.

Frauen haben weltweit nur zwei Drittel der gesetzlichen Rechte von Männern

Die UN-Frauenrechtskommission legt Jahr für Jahr Empfehlungen für eine Verbesserung der Rechte von Frauen und Mädchen vor. Bei der CSW70 2026 war das Fokusthema der verbesserte Zugang von Frauen und Mädchen zu Recht und Justiz. Dabei ging es um die Frage, wie Rechtssysteme inklusiver gestaltet und Diskriminierung und strukturelle Hindernisse abgebaut werden können.

In ihrer Eröffnungsrede prangerte die Präsidentin der UN-Generalversammlung, Annalena Baerbock, an, dass Frauen weltweit nur zwei Drittel

der Rechte von Männern gewährt werden. Zum Beispiel gibt es nur in 44 Prozent der Länder Gesetzgebungen, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit festschreiben. In 54 Prozent der Länder fehlt eine auf Einwilligung basierende rechtliche Definition von Vergewaltigung. In 72 Prozent der Länder sind Kinderehen erlaubt, von denen vor allem Mädchen betroffen sind.

Die Daten stammen aus einem im Vorfeld der CSW70 veröffentlichten [Bericht des UN-Generalsekretärs](#), der von UN Women präsentiert wurde. In keinem Land der Welt genießen Frauen demnach die gleichen Rechte wie Männer. Und selbst in den Bereichen, in denen formal die

Gleichheit vor dem Gesetz erreicht ist, schränken ungleiche Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern den Zugang von Frauen und Mädchen zu Recht und Justiz ein. Straftaten im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt bleiben dadurch ungeahndet.

Ein neues Copyright für den menschlichen Körper

Digitale Technologien verschärfen geschlechtsspezifische Gewalt und erleichtern ihre Ausübung. In Deutschland haben 250 namhafte Frauen aus Politik, Wirtschaft und Kultur eine [Erklärung](#) unterzeichnet, in der sie von der Bundesregierung einen besseren Schutz vor männlicher Gewalt und digitaler sexualisierter Gewalt fordern. Die Aktion erfolgte in Solidarität mit der Schauspielerin Collien Fernandes, nachdem diese als Betroffene von Missbrauch durch KI-generierte pornografische Deepfakes an die Öffentlichkeit gegangen war. Das Thema ist nicht neu. Seit Jahren fordern Betroffene und unterstützende Organisationen, bestehende rechtliche Lücken zu schließen.

[Untersuchungen](#) zufolge haben 85 Prozent aller Frauen weltweit schon digitale Gewalt erlebt oder sind Zeuginnen davon geworden. Bilder oder Videos von 57 Prozent aller Frauen wurden online missbraucht oder zweckentfremdet und 96 Prozent der online verfügbaren KI-generierten Deepfakevideos zeigen pornografischen Inhalt, von denen alle Frauen zeigen. Von den Frauen, die angaben auf ihre Person bezogene Online-Gewalt erlebt zu haben, kannten 54 Prozent die Täter.

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, UNFPA, hat deshalb schon 2024 zusammen mit der kanadischen Regierung unter der Überschrift [„Making All Spaces Safe“](#) ein neues globales Programm zur Bekämpfung von technologiegestützter geschlechtsspezifischer Gewalt gestartet. Neben Studien und Aufklärungsmaterialien fordert die Kampagne [„Bodyright“](#) politische Entscheidungsträger:innen, Techunternehmen und Social-Media-Plattformen dazu auf, den Missbrauch von Bildern mit der gleichen Strenge zu ahnden wie Copyright-Verstöße.

Im Vorfeld der CSW70 hat UNFPA die Geschichten von Überlebenden digitaler Gewalt aus unterschiedlichen Regionen in einem [Video](#) aufbereitet, in dem sie Gerechtigkeit und besseren Schutz fordern.

Digitale Gewalt als juristische Blindstelle

Bislang bleibt digitale Gewalt gegen Frauen eine juristische Blindstelle und es fehlen internationale Standards. In ihrer [Abschlussklärung](#) fordert die CSW deshalb einen stärkeren Austausch zwischen den Justizsystemen der einzelnen Länder. Für einen besseren Schutz vor digitaler Gewalt wollen die unterzeichnenden Staaten:

- » Gemeinsam Maßnahmen, Schutzvorkehrungen und Kontrollmechanismen entwickeln, um geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzuwirken, die durch den Einsatz von Technologie erfolgt.
- » Davon eingeschlossen sollen alle Formen der Diskriminierung gegen alle Frauen und Mädchen sein, die im Zuge der Konzeption, Entwicklung und Einführung von Technologie entstehen.
- » Damit soll dem Missbrauch digitaler Instrumente wie sozialer Medien und Online-Plattformen sowie neuer und aufkommender Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz und prädiktiver Algorithmen, entgegengewirkt werden.
- » Dafür soll bewertet werden, ob Technologien den Zugang zur Justiz oder die Wahrung von Menschenrechten behindern.
- » Es soll sichergestellt werden, dass neue technologische Entwicklungen bestehende Muster von Ungleichheit und Diskriminierung nicht zementieren.

Die Abschlussklärung gibt damit einen Fahrplan für die internationale Staatengemeinschaft vor, wie Gesetzeslücken im Bereich von digitaler Gewalt zu identifizieren und zu schließen sind.

CSW70 in Zeiten des Backlashs gegen Feminismus und Gleichstellung

Es bleibt noch einiges zu tun, um Frauenrechte zu verwirklichen, doch in vielen Bereichen ist es in den letzten Jahrzehnten auch vorangegangen: In mehr als vierzig Ländern wurden Verfassungsänderungen zur Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen und Mädchen vorgenommen. In vielen Ländern gibt es inzwischen bessere Gesetze zum Schutz vor häuslicher Gewalt, es gehen weltweit mehr Mädchen zur Schule als je zuvor und insgesamt sind Frauen sichtbarer und besser vernetzt.

Im Zuge der Umsetzung der SDG-Agenda konnten erhebliche Fortschritte in der Reduzierung der

Müttersterblichkeit erzielt werden. Dem entgegen steht ein gut organisierter und finanziell großzügig ausgestatteter Backlash und die erneut zunehmende Gewalt auch im digitalen Raum. „Noch nie waren wir der Gleichstellung der Geschlechter so nahe – und noch nie so nah daran, sie zu verlieren.“, brachte es **Sima Sami Bahous**, die Exekutivdirektorin von UN Women in ihrem Statement zum Weltfrauentag 2026 auf den Punkt.

Deutlich zeigte sich das auch bei der CSW70: einer Reihe von kritischen Stimmen aus der FLINTA*-Bewegung (Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-binäre, Trans- und Agender-Personen) blieb die Teilnahme in New York aufgrund von Visa-Problemen verwehrt. Bereits im Vorfeld wurden Forderungen nach einem für alle Delegierten sicheren Tagungsort laut. Gleichzeitig treten Anti-Rights-Akteure immer dominanter auf und bekommen Rückenwind von Vertreter:innen der Trump-Administration und anderen rechtspopulistischen Regierungen, die existierende Standards für Gleichberechtigung und sexuelle und reproduktive Rechte offen in Frage stellen. Erstmals wurde deshalb die Abschlusserklärung der CSW nicht im Konsens angenommen – die USA stimmten dagegen.

Trotzdem ist es den verbleibenden 43 Mitgliedstaaten gelungen, ein starkes Dokument zu verabschieden. Neben den Punkten für einen stärkeren Schutz vor digitaler Gewalt werden darin Vereinbarungen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie reproduktiven Rechten getroffen. Außerdem streben die unterzeichnenden Staaten Verbesserungen in der Bekämpfung und Prävention geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt an. Die **Deutsche Stiftung Weltbevölkerung** sieht darin ein wichtiges Signal für Geschlechtergerechtigkeit, kritisiert aber gleichzeitig das Fehlen wichtiger Inhalte:

„Der endgültige Text enthält weder den vollständigen Begriff „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ (SRHR) noch Verweise auf die körperliche Selbstbestimmung. Auch das zuvor vorgeschlagene Mandat für Justizsysteme zur Prävention und Ahndung von Verletzungen der SRHR wurde vom Kernthema abgekoppelt. Darüber hinaus wurde weder „reproduktive Gewalt“ noch – trotz nachgewiesener Zunahmen – konfliktbezogene sexuelle Gewalt (CRSV) aufgenommen.“ Außerdem werden aus Sicht der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung die spezifischen Hindernisse, mit denen Jugendliche konfrontiert sind, nicht ausreichend sichtbar gemacht.

Gefährliche Einschnitte im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit

Für Aufregung sorgte bei der CSW70 die im Rahmen des Reformprozesses der Vereinten Nationen (UN80) angekündigte Zusammenlegung der Organisationen UN Women und UNFPA. Die beiden Organisationen operieren bislang arbeitsteilig und komplementär. UN Women wurde selbst erst 2010 in einer Zusammenlegung von mehreren UN-Organisationen als federführende Einrichtung der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und als Sekretariat der UN-Frauenrechtskommission geschaffen. UNFPA ist als Bevölkerungsfonds die Organisation der Vereinten Nationen für sexuelle und reproduktive Gesundheit. Sie setzt sich für reproduktive Rechte und die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein. In ihrem Mission Statement heißt es: „Unser Ziel ist eine Welt, in der jede Schwangerschaft gewollt, jede Geburt sicher ist und in der das Potenzial jedes jungen Menschen voll ausgeschöpft wird.“

Die Reform erfolgt vor dem Hintergrund der Haushaltskrise der Vereinten Nationen. Obwohl UN-Generalsekretär António Guterres versicherte, dass die Mandate der beiden Institutionen davon unberührt bleiben, besteht die Gefahr tiefer Einschnitte durch Budgetkürzungen, der Verlust von Wissen und von über Jahre aufgebauten Netzwerken.

Die Organisation **Fòs Feminista**, ein internationales Bündnis, das sich für den universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung einsetzt hat den Vorschlag der Zusammenlegung der beiden Organisationen in einem **Bericht** genauer untersucht. Sie rief Mitgliedstaaten dazu auf, den Merger zu verhindern. Die Allianz warnt davor, dass Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Millionen von Frauen und Mädchen weltweit ohne die fachliche Unterstützung, die Infrastruktur in den Ländern und die normative Führungsrolle der beiden Organisationen mit Fragen von Gleichstellung und sexueller und reproduktiver Gesundheit alleingelassen werden.

Laut dem Bericht von Fòs Feminista sterben jedes Jahr 287.000 Frauen an vermeidbaren Komplikationen während der Schwangerschaft, die Hälfte davon in humanitären Krisengebieten, in denen UNFPA oft als einzige Organisation koordinierte Hilfe leistet. Schätzungsweise 259 Millionen Frauen haben keinen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln. Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass sexuelle und reproduktive

Gesundheit bei einem Mainstreaming die übergreifende Arbeit zu Gleichstellung und Entwicklung auf der Strecke bleiben.

Auch Mitgliedstaaten wie **Uruguay warnten** vor einer Zusammenlegung der beiden Organisationen. Denn eine solche Reform bedarf der Verhandlung einer entsprechenden Resolution in der UN-Generalversammlung. Das ist im gegenwärtigen politischen Kontext ein höchst risikoreiches Unterfangen, durch das Mandate beschnitten werden könnten.

Auch Deutschland, Großbritannien, Brasilien und Schweden **drängen darauf**, dass die Vereinten Nationen den Schutz von sexueller und reproduktiver Gesundheit und der damit verbundenen Rechte weiter priorisiert.

Gleichberechtigung als Frage der Macht

UN-Generalsekretär António Guterres selbst betonte in seiner Eröffnungsrede der CSW70, dass die Welt immer noch von Männern dominiert werde

und wir in einer männlich dominierten Kultur leben. „Gleichberechtigung“, so Guterres, „ist und war immer eine Frage der Macht.“

Eunice Musiime, die Exekutivdirektorin von Akina Mama Wa Afrika, einer pan-afrikanischen feministischen Organisation mit Sitz in Uganda hob in der Auftaktsitzung den systemischen Charakter von wirtschaftlicher Benachteiligung auch zwischen Ländern hervor. In ihrem Statement forderte Musiime den Globalen Norden auf Schulden zu erlassen, Reparationen zu zahlen und das globale Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass Ressourcen gerecht verteilt und extreme Privilegien abgebaut werden. Dazu gehöre auch der politische Wille, extreme Vermögen zu besteuern und die Macht von multinationalen Konzernen zu beschränken.

Diese Hinwendung zu systemischen Fragestellungen zeigt sich auch auf der Straße. Statt dem beliebten Slogan der Frauenbewegung „Wir wollen kein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei“ rufen viele inzwischen schlichtweg nach einem neuen Rezept.

Impressum

Frauenrechte unter Druck Digitale Gewalt im Fokus der CSW70

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Leostraße 11, 50823 Köln
Tel. 01575 6680536, europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Sarah Ganter

Autor*innen: Sarah Ganter

Redaktion: Julia Hanne

Gestaltung: www.kalinski.media

Köln, März 2026

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Die Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.